

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Lüben Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Unser Verband nach dem Kriege.

In den Berichten des Verbandsvorstandes, wie auch aus denen der Gaue ist zweierlei bemerkenswert: Erstens die durchaus günstig zu nennende Entwicklung in den Mitgliederzahlen, zweitens die Bereitwilligkeit der Behörden, den Verband als Vertretung der Arbeiter anzuerkennen und mit seinen Vertretern zu verhandeln. Beides Faktoren von höchster Bedeutung für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Stärke des Verbandes bildet den Resonanzboden des Instruments, mit dem wir bei den Stadtverwaltungen aufspielen.

Die Zahl der Gemeindearbeiter, mit Einfluß der Staatsarbeiter von Hamburg, Bremen und Lübeck, betrug vor dem Kriege schätzungsweise 175 000. Organisiert waren davon rund 65 000; davon im Verband der Gemeindearbeiter 55 000, der Rest anderweit, wobei allerdings die größere Hälfte auch auf die freien Gewerkschaften entfiel. Die in gelben Werk- und sonstigen Vereinen befindlichen Arbeiter sind hierin nicht enthalten. Auf die Bezeichnung „gewerkschaftliche Organisation“ haben diese Gebilde keinen Anspruch. Nach dieser Berechnung wären also zirka 40 Proz. der Beschäftigten organisiert. Allerdings wird dieser Prozentsatz der Bedeutung der Organisation nicht gerecht. In Groß-Berlin, an der Wasserkanale, in Süd- und Mitteldeutschland sind diese Zahlen beträchtlich höher und erreichen an manchen Orten 95 und mehr Prozent. Der gesamte Osten, mit Ausnahme von Breslau und Königsberg, lag bisher fast völlig brach. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war die Arbeit sehr schwer. Im Osten war meistens der reaktionäre Charakter der Verwaltungen, im Westen die in den Stadtverwaltungen zum Ausdruck kommende Macht der Industriegewaltigen das Hemmnis. Die städtischen und städtischen Verwaltungen. Ihre organisationsfeindliche Haltung ist bekannt. Hunderte von Kleinstädten unter 20 000, tausende Mittelstädte bis 50 000, ja Großstädte mit über 100 000 Einwohnern waren als Folge dieser Einflüsse in der Anstellung unserer Quartalsbeschlüsse nicht enthalten.

Unsere Arbeit nach dem Kriege muß darauf bedacht sein, für den Organisationsgedanken Raum zu schaffen. Die bisherige Andolenz der Gemeindearbeiter dieser Orte gegenüber dem Organisationsgedanken, ist im Hauptstadium auf das organisationsfeindliche Verhalten der Stadtverwaltungen zurückzuführen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durchweg krankig. Wo soziale Einrichtungen geschaffen und als besondere Großtaten hingestellt wurden, war dies lediglich ein Nachhinken gegenüber den vom Organisationsgedanken beherrschten Großstädten. Diese Geuerlichkeit wird in Zukunft unmöglich. Wir geben uns nun keineswegs der

Hoffnung hin, daß von jetzt ab alle Stadtverwaltungen begeisterte Fürsprecher der Organisation sein werden. Man wird oft die Organisation als etwas Unangenehmes empfinden, aber nach den von Reich, Staat und Kommunen anerkannten gewaltigen Leistungen der Arbeiterorganisationen muß man die bisher übliche Bekämpfung der Organisation wohl oder übel aufgeben.

Wie es heißt: „freie Bahn dem Tüchtigen“, so muß es auch heißen: „freie Bahn der Organisation der Gemeindearbeiter“. Hier sind zwei der stärksten Hemmnisse unserer Ausbreitung gefallen. Aufgabe des Verbandes ist es, diesen jungfräulichen Boden mit aller Energie zu bearbeiten, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß auch in den Hochburgen des Verbandes noch viel Arbeit geleistet werden kann und muß. Eine großzügige Agitation muß nach dem Kriege einlezen. Der Agitationsapparat muß dementsprechend eingestellt werden. Zur Urbarmachung des Neu- und Brachlandes genügt die bisherige Maschinerie nicht. Neben den befohlenden Kollegen, auf deren Schultern bisher in den meisten Fällen auch die Werbungsarbeit lag, müssen Agitationsanschlässe gebildet werden. Wo die eigenen Kräfte eines Gaues oder Ortes nicht ausreichen, sollen benachbarte Gaue oder Orte helfend eingreifen. Die Einzelheiten soll der Verbandsvorstand oder der nach Schluß des Krieges sofort einzuberufende Verbandstag bestimmen. Daß der Kampf gegen die gelben Elemente mit allem Nachdruck zu führen ist, versteht sich von selbst. Magistratische Förderung und Subventionen dürften jetzt wegfallen und damit die Hauptstützen der gelben Bewegung.

Hand in Hand zu gehen mit der Organisationsarbeit hat die Neuorientierung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Behörden haben im Arbeiter nicht nur den Verkäufer der Ware Arbeitskraft, sondern den Bürger anzusehen. Im Lohnverhältnisse müssen stabile Zustände Platz greifen. Nach dem Kriege werden die Arbeiter stärkeren Widerstand gegen Lohnrückereien zu leisten haben. Die Lohnsicherung bei Verkümmnissen, in Krankheitsfällen ist fast allenthalben ungenügend. Die Forderung der Wochenlöhne, angemessener Zuschläge für Ueber-, Sonntags- und Nachtarbeit ist in verschwindend wenig Gemeinden durchgeführt.

Das wichtigste Kapitel auf unserem Gebiete der Neuorientierung ist unzweifelhaft das der Verkürzung der Arbeitszeit. Unsere Forderung der achtstündigen Arbeitszeit bricht sich unter schweren Kämpfen nur langsam Bahn. Wenige Tausend Gemeindearbeiter erfreuen sich der Wohlthat der achtstündigen Arbeitszeit. Die neun- und zehnstündige Arbeits-

zeit bildet die Regel. In kleineren Orten, besonders im Osten, können mehrere Kollegen noch elf Stunden. In den Vorkriegsanstalten herrscht allgemein noch 12 bis 14 Stunden Dienst. Die Lösung dieser Aufgabe ist Kulturarbeit im höchsten Sinne.

Nicht minder wichtig ist der Ausbau der sozialen Einrichtungen. Die Fundamente hierzu sind schon vor dem Kriege gelegt worden. Aber nur die Fundamente. Dieses Gebäude auszubauen und wohnlich einzurichten ist eine nicht minder wichtige Aufgabe. Neue Probleme werden wir zu lösen haben. Die Frage der Kinder- oder Familienzulagen, um die wir bisher herumgegangen sind, wird uns nach dem Kriege verstärkt beschäftigen. Die Kriegsteuerungszulagen haben diesem System die Wege geöffnet. In sozialer Beziehung

von eminenter Bedeutung, reißt es doch eine gewaltige Furchung in das bisher geltende Lohnsystem. Wir werden uns hier der Mitarbeit nicht verschließen dürfen. Die Gefahr ist groß, daß vermittelt der Familienzulagen ein Druck auf den Minimallohn ausgeübt wird. Versuche in dieser Richtung bestanden vor dem Kriege schon. Ihnen muß von vornherein wirksam entgegengetreten werden.

Nur flüchtig ist in den vorstehenden Zeilen die Reihe der Aufgaben des Verbandes nach dem Kriege gezeichnet worden. Gewaltig ist die Arbeit, die uns harret. Der Mitarbeit darf sich kein Kollege entziehen. Der Aufstieg der Gemeindegewerkschaft ist trotz aller Widerstände unaufhaltsam. Die Gemeindegewerkschaften haben eine kulturpolitische Aufgabe zu erfüllen. Sie sind die Pioniere des sozialen Arbeitsvertrages. C. P.

Die Berliner Englische Gasgesellschaft vor dem Kriegsausschuß.

Am Donnerstag, den 26. April, vormittags 10½ Uhr, spielten sich vor dem Kriegsausschuß die an sich sehr kurzen aber nicht weniger als sehr denkwürdigen Verhandlungen ab. Die Englische Gasgesellschaft, vertreten durch den Herrn Generaldirektor Körtling und den Herrn Direktor Köhmer vom Gaswerk Mariendorf, sah sich gezwungen, mit drei Mitgliedern des Arbeiterausschusses und zwei Vertretern der Organisation über Lohnangelegenheiten zu verhandeln. Den Standpunkt des Herrn im Hause, den bisher die Direktion vertrat, hat sie nachgedrungen fallen lassen müssen. Den Weg zum Kriegsausschuß hätte sich die Direktion ersparen können, wenn sie den Arbeitern einiges Entgegenkommen gezeigt und wenn der Herr Direktor Köhmer vom Gaswerk die Arbeiter nicht so brüsk behandelt hätte.

Ende März hatten die Arbeiter des Mariendorfer Gaswerks ihre Direktion um Erhöhung ihrer Kriegszulagen ersucht. Nach der nächsten Direktorenkonferenz sollten die Arbeiter Bescheid haben. Der Bescheid blieb aus. Was Wunder, wenn die Widerstimmung sich bis zur Siedehitze steigerte. Der Unwille darüber war so groß, daß der Vorschlag des Organisationsvertreters, bevor der Weg zum Kriegsausschuß angetreten wird, vorher nochmal die Direktion um Bescheid zu fragen, einfach und glatt abgelehnt wurde. Eine stimmungsvolle von drei Kollegen wurde beauftragt, unverzüglich zum Kriegsausschuß zu gehen. Die Verhandlung konnte nicht stattfinden, da die Bescheidverweigerung nicht verbindlich angemeldet war. Inzwischen war der durch das Ostpreussische vorgesehene Arbeiterausschuß gewählt worden. Die Kollegenkraft beauftragte nun den Arbeiterausschuß, unverzüglich bei der Direktion die Forderung um Erhöhung der Kriegszulagen um 20 Pf. pro Stunde anzubringen. Mit Rücksicht darauf, daß bisher die Forderung der Arbeiter von der Direktion unwirksam blieb, wurde dem Arbeiterausschuß der Auftrag, sich sofort an den Kriegsausschuß zu wenden, wenn die Direktion wiederum keinerlei bindende Zugabe geben sollte. Die Arbeiter kennen ihren Herrn Direktor, was sie vermuteten, trat ein. Mit allerlei Ausflüchten suchte Herr Köhmer den Arbeiterausschuß zu vertreiben. Das konnten und wollten die Arbeiter sich nicht länger gefallen lassen. Das letzte Mittel war nun der Weg zum Kriegsausschuß. Der Herr Direktor Köhmer hat es nur der Besonnenheit der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter zu verdanken, wenn an dem kritischen 16. April im Gaswerk Mariendorf gearbeitet wurde. So viel Ungeschehen sollte man einem Direktor in so kritischen Zeiten kaum zutrauen. Vor dem Kriegsausschuß suchte nun der Herr Generaldirektor Körtling das Vorgehen des Arbeiterausschusses als eine Verletzung der Normalien hinstellen. Um diese angebliche Missetat noch besonders zu kennzeichnen, wies der Herr Generaldirektor gleich darauf hin, daß die Englische Gasgesellschaft dieselbe Erhöhung, die die Stadt Berlin den Gasarbeitern gibt, auch gewährt, nämlich 8 und 9 Pf. pro Stunde und eine dahin lautende Bekanntmachung inzwischen erlassen sei, von der der Arbeiterausschuß Kenntnis haben müsse. Am übrigen lehnte sich die Gasgesellschaft in bezug der Entlohnung sowie der sozialen Einrichtungen für die Arbeiterschaft an die Stadt Berlin an. Es muß zugegeben werden, daß diese geschickte Argumentation einen gewissen Eindruck auf den Kriegsausschuß nicht verfehlt hat. Erst der rechnerische Nachweis eines Organisationsvertreters, daß weder die Grundlöhne noch die Kriegszulagen bei der Englischen Gasgesellschaft so hohe sind wie bei der

Stadt Berlin, veranlaßte den Kriegsausschuß, den Entschluß zu treffen, den Arbeitern seien die gleichen Grundlöhne zuzüglich Kriegszulagen zu zahlen, wie sie in den Gaswerken der Stadt Berlin üblich sind und gegenwärtig gezahlt werden. Diesen Ausgang der Verhandlungen hat der Herr Generaldirektor gewiß weder gewünscht noch vermutet.

Die Lohnunterschiede bewegen sich zwischen 2 bis 15 Pf. pro Stunde. Am besten schneiden dabei die Handwerker ab. Bei Schlossern beträgt der Unterschied 10-11 Pf. pro Stunde, bei den Schmieden sogar 15 Pf., die sie jetzt nachgeholt bekommen. Die Bohrarbeiter, die im Grundlohn mit den städtischen gleich stehen, erhalten am wenigsten, und zwar 2 Pf. pro Stunde und das, weil die Teuerungszulage in Berlin pro Stunde 2 Pf. mehr beträgt, nämlich für diese Arbeitergruppe 36 Pf. pro Stunde. Die Frauen haben 4 Pf. pro Stunde mehr zu bekommen. In den Berliner Gaswerken erhalten sie jetzt 63 Pf., in der Englischen Gasgesellschaft nur 50 Pf. pro Stunde. Unschön ist es jetzt die Aufgabe der neuwählten Arbeiterausschüsse sein, die Löhne der einzelnen Arbeitergruppen mit den in den Berliner Betrieben üblichen zu vergleichen, um eine ständige Kontrolle ausüben zu können. Vergeblich haben die Arbeiter der Englischen Gasgesellschaft in der Friedenszeit um die Gleichstellung ihrer Löhne mit denen der Berliner Kollegen gekämpft. Die Probe auf die Langlebigkeit der Arbeiterschaft hat nun ihre Erde gefunden. Entscheidend ist auch der Aufbruch, den die Organisation genommen hat. Die Laubstich und Trübsal muß ganz verschwinden. Dieses ist auch schon darum dringend notwendig, als es jetzt gilt, das Erzeugnis dauernd zu erhalten, weiter auszubauen. Die Kollegenkraft darf sich nicht auf die in den Berliner Betrieben Beschäftigten verlassen, sondern muß aus eigener Kraft vorwärts streben. Die Zeiten sind eruit und erfordern die größte Anspannung aller Kräfte, um diesen und den kommenden Generationen trohen zu können. Deshalb: Sinein in die Organisation!

Wichtige Fragen der Uebergangswirtschaft.

Im Ausbruch für Handel und Gewerbe ist längst in eingehender Weise die Frage der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft behandelt worden. Ein Kommissar des Kriegsministeriums wies darauf hin, daß die Ueberführung eines so starken Deeres in den Friedensstand, wie wir es jetzt zurzeit haben, einzig in der Geschichte darrt. Bei der Wichtigkeit dieser Aufgabe hat die Oberste Heeresleitung begierig angefangen, Grundzüge für die Ueberführung des Deeres von dem Kriegs- in den Friedenszustand aufzustellen.

Der Kriegsminister hat entschieden, daß das allgemeine Kriegsdepartement des Kriegsministeriums als die Stelle bestimmt wird, in deren Händen die einheitliche Leitung liegt. Es muß darauf gewirkt werden, daß erlischt keine Arbeitslosigkeit entsteht und zweitens den für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell wie möglich die neuen Kräfte zugeführt werden.

Diese Hauptziele können aber nur erreicht werden, wenn die Verbindung zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die bestehenden militärischen Einrichtungen, wie Kriegsamtstellen, Kriegswirtschaftsstellen und die militärischen Abteilungen der Generalkommandos in Gemeinschaft mit den Zentralaustauschstellen hergestellt wird.

Wenn eine Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, so kann die Ueberführung des Deeres aus dem Kriegs- in den Friedensstand nur nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, ist nicht vor-

anzusehen, das hängt von den militärischen Rücksichten und von der ganzen Lage ab. Die Entlassungen werden daher dem Dringlichkeitsbedürfnis angepaßt werden und die Heeresverwaltung hat den Grundsatz aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, ehe er eine Arbeitsgelegenheit gefunden hat.

Um dies durchzuführen zu können, hat man eine Bestimmung aufgenommen, nach der Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückgehalten werden dürfen. Sie erhalten also bis zur Dauer von vier Monaten ihr Unterkommen und ihre Verpflegung im Heere.

Der zweite Hauptgrundsatz ist, daß den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell als möglich die nötigen Kräfte zugeführt werden. Daher ist eine bestimmte Einteilung in Klassen vorgesehen, deren erste die führenden Persönlichkeiten aus dem Bereich des gesamten Wirtschaftslebens umfaßt. Die zweite Klasse wird gebildet von den Leitern solcher Betriebe, den Ingenieuren, Werkmeistern und Inspektoren; dann kommt die Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden, der Landwirte usw.; ihnen schließt sich an die Klasse der Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamten, schließlich die der Soldaten und Fischer, dann der gelernten Berufe, und endlich der ungelerten Arbeiter.

Die Truppenteile haben feinerzeit festzustellen, welche Mannschaften sofort entlassen werden können. Als Voraussetzung gilt hier feste Stellung und angemessener Lebensunterhalt. Die Unternehmer können von den Truppenteilen die erforderliche Anzahl Arbeiter anfordern, die ihnen dann zugewiesen werden.

Auch das Reichsamt des Innern ist mit der Angelegenheit befaßt worden, und auch dort steht man auf dem Standpunkte, daß Arbeitslosigkeit vermieden werden muß. Man hält das nicht für schwer, weil anzunehmen ist, daß wir nach dem Kriege wahrscheinlich einen großen Arbeitermangel haben werden.

Eine besondere Frage ist die, wie die Angestellten wieder untergebracht werden können. In Oesterreich sind die Unternehmer durch Gesetz verpflichtet worden, ihre früheren Angestellten wieder in die alten Stellen aufzunehmen. Dieses österreichische Beispiel kann jedoch in Deutschland nicht ohne Weiteres nachgeahmt werden. Was die gewerblichen Arbeiter betrifft, so werden die geschlichen Arbeitsvermittlungen allmählich wieder in Kraft gesetzt und vor allem wird die Nacharbeit der Frauen beseitigt werden. Auf diese Weise scheiden eine ganze Menge Frauen aus den Arbeitsstellen aus, die sie heute innehaben.

Die Einschränkung der Frauenarbeit muß sowohl im Interesse des Volkswohls, als auch im Interesse der männlichen Arbeiter angeordnet werden. Das gleiche gilt für die Arbeit der Jugendlichen, die jetzt auch vielfach in weitem Umfang zur Arbeit in Fabriken und Bergwerken herangezogen sind, als das in Friedenszeiten erlaubt war.

An Arbeitsgelegenheit für Arbeiter wird es schon deshalb nicht mangeln, weil alle Vorken, die die Kommunen schon im Frieden vorzusehen hatten, zurü hergestellt worden sind; zum Teil ist ihre Ausübung auch verboten worden, damit die infolge des Verbots freierwerbenden Kräfte in den Heeresdienst oder in die Munitionsbetriebe eingestellt werden konnten.

Für den Fall, daß irgendwo ernstere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, wird es also den Kommunen nach an Gelegenheit sehen, beratende Arbeiten auszuführen zu lassen.

Es besteht die Absicht, die Fragen der Reihe nach vorbereitend zu bearbeiten und sie dann einem Weirat aus Interessentenkreisen vorzulegen, in dem der Städtetag, die Landwirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeiter, unter letzteren Vertreter der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen und die Arbeitsnachweiserverbände vertreten sein würden.

• Monatsbericht vom Krieg •

Berlin, 2. Mai 1917.

Am Vordergrund aller kriegerischen Ereignisse des 4. April steht die gewaltige Schlacht an unserer Westfront, die noch immer tobt. Am 6. April steht das fürchterlichste Trommelfeuer ein, das unsere Erde je gehört. Bereits am 9. April begann die Salatlut am Nordflügel bei Arras, die sich in der Folge als bislang größte Schlacht der Weltkriegschiene auswirkte. Der anfängliche englische Teilerfolg wurde am 7. April bei Bullecourt mit unseren starken Gegenstoßen beantwortet, wobei über 1000 Gefangene in deutscher Hand fielen und die ungeheuerlich blutigen Verluste den Gegner arg desimilierten. Am 13. April erfolgte bei St. Quentin der zweite fürchterliche englische Angriff ohne Erfolg. Am aber schon am 16. April der gewaltige französische

Durchbruchversuch an der Aisne in 40 Kilometer Breite ein nach zehntägigem Trommelfeuer aller Kaliber. Unter schwersten blutigen Verlusten nebst 2100 Gefangenen mißlang der Durchbruch, wenngleich wir ebenfalls ziemlich Vermisste hatten. Am 17. und 19. April erfolgte hier der zweite Durchbruchversuch in der Champagne, wieder vergeblich. Am 22. und besonders 23. April wurde die schwerste Schlacht wieder bei Arras geschlagen. Die englischen Sturmtruppen drangen in 30 Kilometer Breite vor bis zu ihrer Vernichtung. Der 28. April ist dann wieder ein unerhörter Kampftag vor Arras gewesen. Alles ohne Erfolg. So hat sich die Heberzeugung bei uns erneut gefestigt, daß die Gegner nicht antommen können gegen unsere tapfere Verteidigung.

Im Osten sowie auf den Nebenkriegsschauplätzen sind keine besonderen Vorgänge zu verzeichnen. Nur an der Sinaifront bei Gaza hielten sich die Engländer eine böse Schlappe. Andererseits sind die russischen und englischen Truppen in Persien und an der Tigrisfront weiter vorgedrungen.

Mit der Kriegserklärung Amerikas am 2. April hat sich vorerst nichts von Belang verändert. Indessen wird da drüben augenscheinlich sicherhaft gerüstet für den Herbst.

Die U-Boot-Beute des März ergibt die ungeheure Summe von 85000 Tonnen. Das ist mehr als das Doppelte des eingeschränkten U-Boot-Krieges.

Auch die deutsche Fliegerleistung weist stärkere Leistungen auf. Im März sind 161 feindliche Flugzeuge, 17 Zeppelinballons zum Absturz gebracht gegen 45 deutsche. Frlr. v. Richthofen hat bereits den 52. Gegner im Luftkampf besiegt.

Die kriegspolitischen Vorgänge im April sind ebenfalls recht bemerkenswert. Der Reichstag hat einen Verfassungsausstoß eingeleitet, der dem parlamentarischen System die Wege ebnet soll. Die Osterbotschaft des Kaisers verheißt ein freieres Wahlrecht für Preußen. Leider geht aus der Kundgebung nicht hervor, ob es auch das gleiche Wahlrecht sein soll. In Oesterreich und Deutschland sind auf Grund einer Resolution des russischen Arbeiterrats über einen Frieden ohne Annexionen entliche Antworten in zustimmendem Sinne erfolgt. Belang ohne greifbare Resultate.

Die Räte soll ein internationaler Sozialistenkongress in Stockholm stattfinden, der für den Frieden wirkt. So lange freilich das fürchterliche Schlachten an der Westfront weiter tobt, werden wohl die Friedensstimmen im brüllenden Kanonenbarrage verhallen.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. In der Generalversammlung am 26. April erhaltete zunächst der Kassierer, Kollege Hoffmann, den Massenbericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen im vorliegenden Quartal 26720,40 Mk., die der Lokalkasse 15740,45 Mk. Zu Lasten der Hauptkasse sind an Unterstübenungen insgesamt 14350,32 Mk., aus der Lokalkasse 2572,5 Mk. ausgezahlt worden. Gegenüber dem vorangehenden Quartal sind insgesamt an Unterstübenungen 1272,62 Mk. mehr ausgezahlt worden. Die Einnahmen der Lokalkasse, inklusive Beitrag, betragen im letzten Quartal 69100,25 Mk., die Ausgaben 16300,56 Mk. Gegenüber dem vorigen Quartal ist die Einnahme um 112,19 Mk. gesunken, die Ausgabe dagegen um 220,57 Mk. gestiegen. Der Massenbestand beträgt 53501,45 Mk. Der Mittelgeberbestand hat sich um 108 erhöht. Am Schluß des Quartals betrug die Mittelgeberzahl 4572, davon sind 4072 männliche, 788 weibliche und 12 jugendliche Mittelgeber. Aufgenommen worden sind im Laufe des Quartals 255 männliche, 340 weibliche und 9 jugendliche Mittelgeber. Zum Heeresdienst sind im Laufe des Quartals 112 Mittelgeber eingezogen worden. Die Gesamtzahl der zum Heeresdienst Eingezogenen beträgt 6321. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Über die Verabstaltung des Arbeitsnachweises hielt dann der Stadtverordnete Ad. Müller einen interessanten Vortrag, in dem er speziell die Arbeitsvermittlung der städtischen Arbeiter, die bisher bei den bestehenden Einrichtungen sehr im argen gelitten habe, besprach. Es werde notwendig sein, die Verhältnisse in der allgemeinen Abteilung, wozu die Vermittlung der städtischen Arbeiter gehöre, auf eine andere Höhe zu bringen. Es werde die Arbeitsvermittlung für die städtischen Arbeiter am besten genau so als Nacharbeitsnachweis einzurichten sein, wie die der anderen Berufe, unter Bildung eines Auktatoriums, bestehend aus Vertretern der Stadt Berlin und aus Vertretern der organisierten Gemeindearbeiter. Er nehme an, daß die Erbsverwaltung alles tun werde, den organisierten Einfluß zu gewinnen, um zu erreichen, was andere Erbsvermittlungen auf dem Gebiete des vorläufigen Arbeitsnachweises erreicht haben. Die Versammelten gaben durch ihren Beifall ihr Einverständnis mit diesen Absichten zu erkennen, und der Vorsitzende Müller bestätigte, daß natürlich die Erbsverwaltung Anlauf nehmen werde, in der angedeuteten Richtung das Interesse der Kollegen zu wecken. Kollege Müllner gab dann noch eine Ueber-

sicht über den Stand der Feuerungszulagen in den Berliner Gemeinden. Mit der Verwaltung der englischen Gaswerke ist vor dem Kriegsausschuss eine Vereinbarung getroffen, wonach Sandwerker und Arbeiter die gleichen Löhne und Feuerungszulagen erhalten sollen wie bei den Gaswerken der Stadt Berlin. In der Diskussion wurde bedauert, daß die Arbeiter bei der Berliner Parkverwaltung, den Friedhöfen, den Steinplätzen und Kleinfeldern bei den Feuerungszulagen bisher leer ausgegangen seien. Zur Kenntnis der Versammlung gelangte, daß Beihilfen für die alten Veteranen der händischen Arbeiter, die ein Ruhegehalt beziehen, in Aussicht stehen. Die Höhe steht noch nicht fest. — In der Urlaubsfrage hat der Magistrat zugestanden, daß im Staatsjahr 1917 von einer Beschränkung des im Frieden geltenden Urlaubs abgesehen werden soll, sofern nicht die Arbeitsverhältnisse dem entgegenstehen. — Die Arbeiter der Gas-Revierinspektionen hatten die Einführung des Achtstundentages beantragt. Die Verhandlungen mit der Direktion führten noch zu keinem Resultat, wohl aber ist das Verständnis für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit bei der Direktion gefördert worden, was gleichsam als halber Erfolg gebucht werden kann. Angeregt wurde, die Organisation möge dahin wirken, daß den händischen Arbeitern der Urlaub nicht erst nach dreijähriger Tätigkeitsdauer, sondern schon nach einem halben Jahr gewährt werde, wie dem Bureaupersonal. Die Versammlung bewilligte den Angeestellten der Kreisverwaltung eine weitere Feuerungszulage von 20 Mk. für den Monat, gültig ab 1. April 1917.

Zarnstadt. Am 28. April d. J. fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der händischen Arbeiter statt, die zu ihrer am 8. Dezember 1916 eingereichten Eingabe betreffs Erhöhung der Feuerungszulagen, die bisher aber von der Stadtverwaltung noch nicht beantwortet wurde, Stellung nahm. Dem Anlie unserer Verbände sollten zahlreiche Arbeiter sämtlicher händischer Betriebe, welche schätzten, daß eine Erhöhung der Feuerungszulage durchaus erforderlich ist. Nach längerer scharfer Debatte, an der die lange Diskussionsdauer der eingereichten Eingaben besonders bemängelt wurde, nahm die Versammlung folgende vom Vorsitzenden vorgeschlagene Entschließung einstimmig an: „Die heutige Gemeindearbeiter-Versammlung, die im Gewerkschaftshaus, von händischen Vertretern aller Betriebe sehr gut besucht, stattfand, nimmt mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis, daß die Eingabe des Gemeindearbeitersverbandes vom 8. Dezember v. J. betr. Erhöhung der Feuerungszulagen, bis heute von der Stadtverwaltung noch nicht erledigt ist. Obgleich sie auch nach der Nicht-erledigung von der Eingabe für die Berufs-Kameradschaft sowie der im Mai 1916 eingereichten Eingabe um Erlaß von Ausrüstungsbestimmungen für die aus dem Felde zurückkehrenden oder gefallenen händischen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen. Die händischen Arbeiter sparen um so mehr die Folgen der Verzögerung, als die hier während des Krieges gewährten Zulagen bei den niedrigsten sind. Ebenso sind die Löhne der Berufs-Kameradschaft mit die niedrigsten im Deutschen Reich. Auch haben die meisten Städte schon monatelang die Ausrüstungsbestimmungen für Kriegsteilnehmer unter den händischen Arbeitern beschließen. Da nun die händischen Arbeiter die rasche Erledigung der drei genannten Eingaben für dringend notwendig erachten, bitten die Versammelten erneut den Herrn Oberbürgermeister und das verehrliche Stadtverordnetenkollegium, sich mit den betreffenden Anträgen zu befassen und sie einer geneigten wohlwollenden Erledigung zuzuführen.“ — Ferner wurde beschließen, mit einer Eingabe desselben Wortlauts den Herrn Oberbürgermeister und das Stadtverordnetenkollegium hiervon in Kenntnis zu setzen. Es steht nun wohl zu hoffen, daß die Stadtverwaltung bald mit einer Neuregelung kommt, wenn sie nicht jauchend daran werden will, daß bei noch längerem Zögern sich die Wertschätzung in der Arbeiterwelt beträchtlich erhöht. Nach einem Entschlußwort des Vorsitzenden wurde die von gutem Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

Dresden. Unsere Quartalsversammlung wurde am 28. April im Volkshaus abgehalten, sie war gut besucht. Der gedruckte Vierteljahresbericht war den Mitgliedern bereits durch die Beitragskassierer zugestellt worden. Der Kassierbericht gab noch einige Erläuterungen. Die Einnahmen der Kasse betragen 9176,50 Mk., die Ausgaben 9631,70 Mk., Mitgliederzunahmen waren 20 zu verzeichnen. Ausgeschieden sind: 128 zum Sterbedienst, 15 ausgeschieden und 20 sind gestorben. Die Mitgliederzahl ist auf zirka 900 zurückgegangen. Der größte Teil davon sind ältere Mitglieder, die jüngeren sind sämtlich zum Sterbedienst eingezogen. Für Unterstützungen mußten wir im Laufe des Quartals 6567 Mk. allein an Arztkosten ausgeben. Die Sterbestatistik erforderte 2280 Mk. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 2670 Mk. Der Kassenbestand der Kasse war am 1. April 23576,10 Mk., er ist seit 1. Januar d. J. um 188 Mk. zurückgegangen. Auf Antrag der Revision wurde die Abrechnung richtig gesprochen. Zur Erhöhung der Beiträge ab 1. Juli lehr der Vorsitzende Kollege Kauthe die Dringlichkeit einer Verbesserung unserer Einnahmen dar. Besonders arbeitslos der von gegebenen Abrechnung keine die Notwendigkeit klar zu sage. Der Kassierbericht habe sich wiederholt eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, der Mitgliederversammlung vorzutragen, den Wochenbeitrag auf 75 Pf. festzusetzen, die Extramarken zu 26 und 50 Pf. aber in Wegfall zu

bringen. Sollte die Mitgliederversammlung dem Vorschlag zustimmen, so könnte der wöchentliche Zuschlag bei der Erlosensunterstützung auf 150 Mk. pro Woche erhöht werden. Die Kasse sieht sich in die Lage versetzt, die Entwicklung unserer Beiträge seit 1896. Es mutet jetzt sonderbar an, daß wir damals mit 5 Pf. Wochenbeitrag angefangen haben. Die Stundenlöhne betragen zu der Zeit allerdings 25 und 26 Pf. Unsere gegenwärtigen Beiträge bestehen seit dem 1. September 1912. Während dieser Zeit haben sich die Verhältnisse vollständig verschoben. Der Wert des Geldes ist bedeutend gesunken, das sehen wir besonders an der Steigerung der Löhne und bei der noch stärkeren Steigerung der Lebensmittel. Die Versammlung hat der Beitragserhöhung einstimmig zugestimmt, kein Mitglied hat dagegen gesprochen. Somit tritt am 1. Juli die erhöhte Beitragsleistung in Kraft. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt dann 9 Mk. die Woche oder auf den Tag 150 Mk. Ueber die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit dem Personal- und Arbeitsamt wegen der Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit berichtet Kollege Kauthe. Zufriedenstellend ist das Resultat nicht. Es sind allerdings die Löhne und Feuerungszulagen wiederholt erhöht worden. Zuletzt erhielten die Sandwerker 10 Pf., die Arbeiter 5 Pf. auf die Stunde zuzüglich. Um diese Zulage wurde schon seit vorigem Jahres gebittet. Ursprünglich wurden 10 Pf. für beide Kategorien verlangt. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit steht es noch schlechter, da soll absolut nicht vom alten Schema abgegangen werden. Bei dem gegenwärtigen Lebensmittelstande ist es aber nicht möglich, die zehnstündige Arbeitszeit aufrechtzuerhalten. Die Arbeitervertreter sind deshalb beauftragt worden, einen Antrag an den Rat und an das Stadtverordnetenkollegium zu richten. Dieser Antrag ist am 28. April eingereicht worden, und wir hoffen, daß er nicht ohne Erfolg bleiben wird. Hierauf ergriß der Stadtverordnete Genosse Krüger das Wort; er meinte, der Antrag der Arbeitervertreter sei sehr berechtigt und würde von den Vertretern der Arbeiter die weitgehendste Unterstützung im Stillgum finden. Hierauf gab Kollege Kauthe auf Urlaub einen kurzen Überblick der allgemeinen Lage. Er forderte die Anwesenden auf, sich zusammen zu halten. Die Organisations der Arbeiter haben während dieses Krieges für die Arbeiter versucht, soviel als möglich herauszubekommen, nach Friedensschluss haben sie noch schwere Aufgaben zu erfüllen. Da muß die Arbeiterfront geschlossen hinter ihren Verbänden stehen. Laßt euch deshalb von keiner Seite irre leiten, sorgt für den Zusammenhalt der Mitglieder und werbt neue hinzu. Die Versammlung war mit den Ausführungen der Redner einverstanden. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung am 18. April im Gewerkschaftshaus hat den Beitrag für die Frauen der Mitglieder um 10 Pf. herabgesetzt; dieser Beitrag betrug für die Zeit vom 1. Mai d. J. an nur 50 Pf. die Woche. Der Beitrag für männliche Mitglieder soll vom 1. Juli d. J. an für die dann folgende Zeit 5 Pf. mehr, mithin 70 Pf. die Woche betragen. Pensionierte Mitglieder werden aber davon nicht betroffen. Die Beitragsneuregelung wurde mit großer Stimmeneinheit beschließen. Die Weibzähl der Anwesenden wollte sich nicht damit einverstanden erklären, daß, wie einige Kollegen sahen, die Frauen auch weiterhin 60 Pf. die Woche bezahlen und dadurch die männlichen Mitglieder um den vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten Ertragsbeitrag herumkommen könnten, oder daß der Ertragsbeitrag vom angestammten Vermögen der Kasse genommen werden könnte. Den Gegnern der Beitragserhöhung wurde von einer Arbeiterfrau gesagt: „Unsere Männer würden gern einen noch viel höheren Beitrag bezahlen, wenn sie dafür auch hier sein könnten, anstatt im Felde unter Frommleuten in Schützengräben zu liegen. Wer hier jeden Tag sein warmes Essen, abends sein Bett und Sonntags seine Ruhe hat, auch seine Feuerungszulage empfängt, der sollte sich schämen, dagegen zu sprechen, daß die Frauen 10 Pf. weniger bezahlen sollen oder daß er selber die infolge des Ertragsbeitrages notwendige Beitragserhöhung nicht auf sich nehmen will.“ Auch den von einem Hilfsarbeiter erhobenen Einwand, diese Arbeiter vermöchten von ihrem geringen Lohn den höheren Beitrag nicht zu erbringen, ließ die Versammlung nicht als ausschlaggebend gelten. Zwar sei, so wurde erwidert, der Lohn der Hilfsarbeiter niedrig, aber darauf allein dürften wir unsere Verbandseinrichtungen nicht bemessen, sondern auf den besseren, vorabgedruckten Lohnverhältnissen müsse die Organisation begründet sein, um auch die rückständigen Lohnverhältnisse hierher weiter fördern zu können. Eine erhebliche Vermögenszunahme in der Verbandskasse sei selbst unter dem Kriegszustand, und zwar vielleicht jetzt noch mehr als sonst, nämlich wegen der Ungewißheit der Lage in der Nachkriegszeit nach dem Kriege, so sehr bedenklich als Maßschritt, daß dieser ausfallen werden muß, damit der Vermögensstand des Verbandes nicht noch weiter geschmälert werden dürfe. Abgemildert wurde über die Regelung und Anzapfung der einmaligen Feuerungszulagen berichtet. (Die betreffenden Beschlüsse hat die „Gewerkschaft“ bereits abgedruckt.) Zur die Angehörigen hat die Verbandskasse eine Eingabe an den Senat gerichtet, dieser möge im Verwaltungsvertrag den Namen der Staatsarbeiter als Kriegsteilnehmer eine einmalige Feuerungszulage gewähren, mindestens neben den niedrigen Lohnätzen und für sämtliche Stunden. Dies soll seitens der Verwaltungs-

behörden nach einheitlichen Gesichtspunkten gesehen. Zur Unterstützung dieser Forderung will der Vorstand eine statistische Zusammenstellung über die den Kriegerfrauen fortgezählten Löhne, ihren Familienstand und ihre Hausstandslasten veröffentlichen.

Leipzig. Die gut besuchte Mitgliederversammlung am 20. April verbandelte zunächst über die Erhebung eines Kriegszuschlages ab 1. Juli. Kollege Schuchardt führte hierzu u. a. aus: Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen ist unser Verband in zweierlei Hinsicht stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Einmal durch die Einberufung der Mehrzahl seiner Mitglieder, worunter die Aktions- und Stoßkraft der Organisation auf wirtschaftlichem wie sozialem Gebiete beeinträchtigt wurde, andererseits sind aber auch die Klassenleistungen in überaus hohem Maße durch den Krieg in Anspruch genommen worden, so daß wie die Ordnung und Gesundung unserer Finanzen nicht länger hinauschieben können, wenn nicht ernsthafte Gefahren für die Zukunft uns erwachsen sollen. Redner belegte die starke Inanspruchnahme der Klassenleistungen mit ansehnlichem Zahlenmaterial aus den Leipziger Verhältnissen im 4. Quartal 1916 und 1. Quartal 1917. Die Maßnahme des Vorstandes, einen Kriegszuschlag zu erheben, sei deshalb eine Notwendigkeit, wenn der Verband die laufenden und insbesondere die uns nach Friedensschluß bevorstehenden Aufgaben wirtschaftlichen und sozialen Vorwärtstrebens an die Gesamtmitgliedschaft, wie aber auch die sozialen Aufgaben an die heimkehrenden geschwächten und kranken Krieger aufrechterhalten und erfüllen soll. Eine Mürzung der festgelegten Unterstützungsleistungen, um die Gesundung der Finanzen herbeiführen zu wollen, sei nicht gangbar und stoße auf Widerstand bei der Mitgliedschaft, wie wir schon 1914/15 gesehen haben, so daß dieser Weg von vornherein außer Betracht kommen mußte, weil die Unterstützungsleistungen, die bei unseren Mitgliedern einen guten Anklang gefunden haben, in dieser Zeit der mangelhaften Ernährungsweise und den dadurch häufiger eintretenden Krankheitsfällen erst recht keine Mürzung vertragen können. Der Weg des Vorstandes sei daher der gangbarste und empfehlenswerteste und es müsse in dieser Hinsicht alles getan werden, um die Mitglieder aufzufüllen und dem Verbands zu erhalten. Die Versammlung erklärte sich nach einer kurzen Diskussion, die sich im Sinne der vorgetragenen Ausführungen bewegte, einstimmig mit der Maßnahme des Vorstandes einverstanden. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7000,73 Mk. ab. Dem nächster wurde auf Antrag der Revisoren Entlohnung erteilt. Bemerkenswert ist, daß dieses Quartal das erste seit Bestehen des Erbsenbureaus ist, wo die Summe der Unterstützungsleistungen um rund 500 Mk. die des Amtes des Vorstandes aus den Einnahmen übersteigt. Daran folgt, daß alles getan werden muß, um die Lücken im Mitglieder- und Massenbestande durch neuen Zuwachs an Mitgliedern wieder auszugleichen, wobei jedes Mitglied sein Teil leisten muß. Unter „Verschiedenes“ spielte die Lohnfrage wieder die Hauptrolle, insbesondere wurde die Wegerung des Rates, während der Kriegszeit die Anpassung der Lohnordnung an die Verhältnisse vorzunehmen, scharf kritisiert. Diese Forderung, insbesondere die um die Erhöhung der Grundlöhne, kann nicht mehr länger umgangen werden, wenn vermieden werden soll, daß die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft Formen annehmen kann, die den Arbeitsverhältnis nachteilig werden können. Auch die letzte Regelung der Feuerungszulage hat nicht gebracht, was im dringendsten Interesse der Erhaltung der Arbeits- und Widerstandskraft der Arbeiterschaft erforderlich war. Unsere Forderung auf Erhöhung der Grundlöhne ist damit nicht erledigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken von vier in der Heimat verstorbenen und einem auf dem Schlachtfelde gefallenen Mitgliede gelehrt.

Lübeck. Im Februar stellte die Gauleitung einen Antrag an den Senat, den Arbeitern eine einmalige Feuerungszulage zu bewilligen. Weiter wurde ein Antrag gestellt, daß den Kriegerfrauen eine Minderzulage gewährt würde. Ersterer Antrag ist mit nachstehender Begründung abgelehnt: „Auf Ihre an den Senat gerichtete Eingabe vom Februar 1917 teile ich Ihnen ergebenst mit, daß dem Antrage auf Gewährung einmaliger Zulagen an die kriegslahmenden Arbeiter wegen der hier gewährten Lohnerhöhung und den laufenden Kriegsteuerzulagen, durch welche sie hier besser gestellt sind als im Reich und Preußen, nicht entsprochen werden kann.“ Der weitere Antrag: Zahlung einer Minderzulage an die Kriegerfrauen, wurde wie folgt beantwortet: „Was ferner die Bewilligung von Feuerungszulagen für Kinder an einberufene Arbeiter anlangt, so hat der Senat infolge eines Antrages der Landesbehörde beschloffen, dem Bürgerausschuß eine Vorlage entgegenzubringen.“ — Hierzu wollen wir bemerken, daß dieser Antrag angenommen, aber nicht ganz unserem Antrag entspricht. Den in Arbeit stehenden Kollegen wird monatlich für jedes Kind 4 Mk. gewährt, dies wurde auch von uns für die Kriegskinder gefordert. Der Antrag des Senats lautet nur auf 3 Mk. Warum man diesen Kindern weniger gibt, ist nicht verständlich. Hierin zeigt sich immerhin, daß auch die Organisation den im Felde stehenden Kollegen nützlich und dienlich ist. Für die Friedhofsbearbeiter wurde mehrmals und ein Antrag der Friedhofsbearbeiter unterbreitet, daß auch diesen Arbeitern die den Bauarbeitern gewährte Alterszulage gezahlt würde. Lange hat

man diesen Antrag ertogen; da in diesem Betriebe alles ziemlich bejahrte Arbeiter tätig sind, glaubte man wohl diese ausschalten zu können. Endlich ist nun dieser Antrag ebenfalls vom Bürgerausschuß angenommen und den Friedhofsbearbeitern wird ebenfalls die Alterszulage gezahlt. Zum Schluß heißt es in der Antwort an den Gauleiter: „Im übrigen mache ich Sie im Auftrage des Senats für die Folge darauf aufmerksam, daß die staatlichen Arbeiter etwaige Wünsche in der vorgeschriebenen Weise durch die Arbeiterausschüsse an die Behörden zu richten haben.“ — Hier kann man doch wirklich sehen, daß der Lübeckische Senat in den drei Kriegsjahren wenig gelernt hat. Man möchte auch heute noch gerne die Organisation ausschalten. Wir sehen aber das Vertrauen in unsere Kollegen, daß sie hieraus lernen werden und ihre ganzen Fragen in die Hände der Organisation legen. Die Ablehnung der einmaligen Zulage hat großen Unwillen mit sich gebracht, lebten doch die Arbeiter in der Hoffnung, endlich einmal eine größere Summe Geldes in Händen zu bekommen, um das Allernotwendigste im Haushalt erleben zu können. In einer stark besetzten öffentlichen Versammlung wurde einstimmig der Antrag angenommen, eine Lohnforderung zu stellen, und zwar um 10 Pf. die Stunde. Diese Anträge sind eingereicht und gehen ihrer Verhandlung entgegen. Wollen wir Fortschritte machen, dann ist es Aufgabe eines jeden Kollegen, für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen. Nur hierdurch werden wir den Widerstand des Senats bezwingen.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Zum Ausstand der Rüstungsarbeiter. Die Zentralkomitees der deutschen Gewerkschaften haben unter dem 20. April an den Chef des Kriegsamts, General Groener, folgendes Antwortschreiben gerichtet (aus Anlaß der in Nr. 17 veröffentlichten Warnung Dindenburgs):

„Ev. Ersellen; danken wir für die Übermittlung des Schreibens des Generalsfeldmarschalls von Dindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands und einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Vätern die Arbeitnehmerschaft von Sanftmuten fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.“

Zeit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgeschafft. Das Ungeheuerliche, was Menschenhüte sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen heringebrochen. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu verlagern.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Überzeugung auch die Bevölkerungsstufen, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Innererseits wird alles geschieht, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolge, versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß, er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Vermeidung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedenkende Art, diese Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die besagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfange nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Zustimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitseinstellungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angehörigen ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Armeen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu reiflicher Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigst herbeizuführen, hat im wesentlichen Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Umsichtlosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Verigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmer zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mißstimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten und die auch jetzt unangenehme Reaktionen hervorrufen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Heeresleitung nachdrücklich anlegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Lande verschändigen, die durch willkürliche Herabminderung der Vierzehnung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heerarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

Ein. Erzeleyn bitten wir, dem Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben."

Die vier Bergarbeiterverbände wenden sich in einem Aufruf an die Kameraden, in dem wegen der gegenwärtigen Knappheit der Lebensmittel vor unbefruchteten Schritten gewarnt wird. Nach der Feststellung, daß mehrere Gemeindeverwaltungen bei der durch die Reichsbehörde angeordneten Minderung der Protration wenig Rücksicht genommen haben, daß durch diese Kürzung den als Schwerverarbeitern geltenden Bergleuten höhere Nahrungsmittel- und Kartoffelrationen geliefert wurden, wird konstatiert, daß die Bergarbeiterorganisationen der Ernährungsfrage der Bergarbeiter stets erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet haben. Auch jetzt sei sofort alles geschehen, um die schuldigen Gemeindeverwaltungen an ihre Pflicht zu erinnern und auf Abhilfe zu drängen. In dem Aufruf wird deshalb in dieser ersten Zeit, in der sich Deutschland befindet, an die Bergarbeiter die dringliche Mahnung gerichtet: Laßt euch in dieser ersten Zeit nicht zu Puffen und Ausfällen hinführen!

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes richtet in der „Metallarbeiterzeitung“ eine ernste Mahnung an die Mitglieder. Es heißt darin: „Seid eingedenk der großen auf euch lastenden Verantwortung gegenüber unsern zur Verteidigung auf dem Schlachtfeld stehenden Arbeitsbrüdern. Gedenket auch der Stunde, da euer eigen Fleisch und Blut euch wegen eures Mangels an Solidarität mit den kämpfenden nach Abschluß des Krieges zur Verantwortung zieht. Zur eure Schuldigen als Waffenschmiede, damit unsere Arbeitsbrüder und Volksgenossen draußen die ihre zu ihrem und unserem Schutz tun können. Geht sie nicht schuldlos den ungeheuren Angriffen der Gegner preis.“ Es wird dann vor den Leuten gewarnt, die Arbeitseinstellungen der Metallarbeiter zu politischen Zwecken mißbrauchen wollen, und zur Beachtung der im Statut niedergelegten Verfassung des Verbandes ermahnt.

Der Reichsanwalt hat in der gleichen Angelegenheit an sämtliche Bundesregierungen das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Jeder Deutsche weiß, daß die Sicherheit unseres Vaterlandes, daß der Sieg in dem uns aufgewungenen Kampfe von der Beschaffung gewaltigen Nahrungsmittels für Heer und Flotte abhängt. Dazu ist unausgesetzte, angelegentlichste Arbeit in allen Betrieben, die für die Kriegsführung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden solche Unternehmungen, wenn auch nur auf kurze Zeit, stillgelegt, so wird die Schlagfertigkeit unserer Truppen in Frage gestellt und den Plänen und Berechnungen unserer Heeresleitung die Unterlage entzogen.“

Die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt. In letzter Zeit haben aber an einigen Orten Personen, die sich dadurch bewußt oder unbewußt in den Dienst der Feinde stellen, versucht, sie in der Erfüllung dieser Aufgabe zu stören.

In verschiedenen Betrieben, deren ungelöster Fortgang für die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist ferner mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Werkstätte zurückkehrten, von der Arbeit abzuhalten. Auch in Zukunft werden solche Versuche scheitern an dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem gesunden Kameradschaftlichen Sinn unserer Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Uebereinstimmung mit der Leitung ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daran setzen, unseren kämpfenden Brüdern zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen.

Die deutsche Arbeiterschaft soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetz zu wachen haben, mit ihr gegen jene verbrecherischen Madenschalten ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf die angegebene Weise einer feindlichen Macht Vorschub leisten oder der Kriegsmacht des Feindes Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteile zufügen, wegen Landesverrats mit schwerer Strafe. Wer unseren tapferen Kriegern in diesem heiligen Kampfe hilflos und treulos in den Rücken fällt, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden.

Ich weiß mich einig mit den hohen Bundesregierungen in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jede deutsche Arbeit im Dienste unseres um sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Antrieben zu schützen. gez.: v. Weismann Hollweg."

Aufruf des Generals v. Groener. Der Chef des Kriegsamt, General v. Groener, äußerte sich am 26. April in einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags über den Streik der Rüstungsarbeiter. Er gab zunächst zu, daß die Mängel in der Ernährung und in der Nahrungsmittelverteilung in der Arbeiterschaft unwillen erregen konnten. Er habe den Streik an sich, soweit er lediglich eine kurze Demonstration sein sollte, auch nicht tragisch genommen und an den in Frage kommenden Stellen ausdrücklich vor strengen Maßregeln gewarnt. Dann seien aber in den Streik politische Forderungen hineingetragen worden, und damit „hörte die Gemühtlichkeit in der Gasse auf“. General v. Groener erklärte auch, er habe Beweise dafür, daß aus dem Auslande Agitationsmittel für den Streik bereingeschmuggelt wurden, und sagt im Anschluß an diese Erklärung:

„Es wird jetzt von mir ein Aufruf an die Rüstungsarbeiter in ganz Deutschland verbreitet. Ich verlange, daß die Streiks aufhören! Es gibt keine Streiks mehr. Wir werden rücksichtslos gegen die Praktiker vorgehen, und wir werden diese politischen Landesverräter treffen mit der ganzen Macht des Gesetzes.“

Dann wandte sich v. Groener auch an die Unternehmer. Er betonte, daß der Arbeiterschaft Sprachrohre gegeben werden müßten, durch die sie ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen könnten. Solche Sprachrohre müßten die Behörden schaffen durch Veteiligung der Arbeiter an der Lebensmittelverteilung. Ferner müßten die Ausschüsse des Hilfsdienstgesetzes solche Sprachrohre sein, durch die alle Beschwerden und Vorklagen ihren Austrag finden“ sollten. Wörtlich sagt er:

„Ich werde ebenso, wie ich einerseits gegen die Streikführer vorgehe, ebenso scharf vorgehen gegenüber denjenigen, die die Rechte, die die Arbeiter bekommen haben, durch das Hilfsdienstgesetz verletzten wollen. Darüber kann kein Zweifel sein, das Kriegsgesamt und ich persönlich stehen auf absolut neutralem Boden. Was einem recht ist, muß auch dem anderen billig sein. Ich werde also auch gegen diejenigen Feinde vorgehen, die gegen das Hilfsdienstgesetz zu brechen suchen, und ich richte von dieser Stelle aus einen sehr warmen, aber letzten Appell auch an die Arbeitgeber, daß sie sich absenden mit dem, was den Arbeitern an Rechten zugebilligt ist, und daß sie restlos mitwirken zu einer lokalen Ausführung des Hilfsdienstgesetzes.“

Der Aufruf Groeners lautet:

„An die Rüstungsarbeiter! Im Westen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne stehen unsere heldengrauen Brüder in der schwersten und blutigsten Schlacht der Weltgeschichte. Unser Heer braucht Waffen und Munition. Habt Ihr nicht Hindenburgs Brief gelesen? Eine unsühnbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert statt zu arbeiten. Für eure Schuld müßten unsere Heldengrauen bluten. Wer wagt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundesott, wer streift, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen! Hiermit erbitte ich an, daß unverzüglich in den Rüstungsbetrieben aller Art hochgeschulte Arbeiter, mutige Männer und Frauen sich zusammenfinden und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns allen fordert: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges. Diese mutigen Arbeiter sollen rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgehen, die liegen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und die Munition zu entziehen. Leset Hindenburgs Brief immer wieder und Ihr werdet erkennen, wo unsere schlimmsten Feinde stehen. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden eure Heldengrauen Söhne und Brüder fertig. Nicht drüben in London. Mit diesen werden unsere Blaujaden auf den Untersee-Boolen gründliche Abrechnung halten. Die schlimmsten Feinde stehen mitten unter uns — das sind die Kleinmütigen und die noch viel Schlimmeren, die zum Streik liegen. Diese müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke, diese Verräter am Vaterlande und am Heere. Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört. Leset im Reichsstrafgesetzbuch, was § 9 über den Landesverrat sagt. Wer wagt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt? Der Brief Hindenburgs und dieser Aufruf sind in allen Rüstungsbetrieben so anzuhängen, daß jeder Arbeiter tagtäglich sie vor Augen hat als dauernde Mahnung zur Ueberwindung des Kleinmuts, zur Erfüllung der Pflichten gegen unser geliebtes deutsches Vaterland. Wir sind nicht weit vom Ziel. Es geht ums Dasein unseres Volkes. Glückauf zur Arbeit!“

Der Aufruf des Generals v. Groener war schon Gegenstand lebhafter Kritik in einer Sitzung des Reichstags Hauptausschusses, die am 27. April stattfand. Der Abg. Weis (Zog.) bezeichnet den Erlass als in der gewählten Form völlig verfehlt. Damit habe der General nur bewiesen, wie wenig er sich um die Wünsche der Arbeiter verfolge. In diesem Erlass bestand nicht die mindeste Veranlassung, ganz erwieben davon, daß auf diese Weise die Arbeiter erst recht herabzuwürdigen werden. Abg. Koch (Zog.) kritisierte den Erlass gleichfalls und sprach ihm jede günstige Wirkung ab. „So

darf man zu freien, denkenden Arbeitern nicht sprechen," sagte er. Genosse Bauer (2. Vorsitzender der Generalkommission) schloß sich der Kritik an. Er meinte, für Befehle von einer militärischen Stelle aus haben die Arbeiter kein Verständnis. Sie laßen über eine solche Sprache, damit kann man ihnen nicht imponieren. Es scheint, daß dieser Aufruf, der wie aus der Pistole geschossen komme, von rechtshebender politischer Seite nicht unbeeinflusst sei. Die Regierung würde in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie engen Kontakt mit der organisierten Arbeiterschaft hielte, der aber in diesem Fall gefehlt habe. Vielleicht würde ein Gespräch genügt haben, derartige Entschlüsse zu verhindern. Selbst der Abgeordnete Behrens (Deutsche Fraktion) meinte, der Aufruf sei nicht gerade glücklich abgefaßt.

Rundschau

Sonne, kein Wesen der Welt kann leben allein von sich aus, ohne die Umwelt. Aufeinander angewiesen ist alles, was lebt. Das Wesen, das isoliert wird, dem die natürlichen Lebensvoraussetzungen genommen, geht zugrunde, die Pflanze, die man dem Boden entreißt, verwelkt. Ein großes, unendliches Aneinandergreifen ist das Leben der Welt. Aber das Aneinandergreifen allein genügt zum Leben nicht. Wenn das Eichhörnchen auch noch so viele Eicheln hat und die Stumpfbutterblume noch so saftigen Boden, sie würden nicht leben können, wenn nicht über ihnen schiene die gemeinsame Sonne. So sehr auch alle anderen Lebensvoraussetzungen erfüllt sind und so verschieden und so kompliziert auch das Zusammenleben und Aneinandergreifen ist, ohne die Sonne ist die Welt tot, ohne die Sonne regt sich kein Hauch. Licht und Wärme sind die Voraussetzungen für alles Leben, die Sonne ist der Urquell alles Seins. Diese Sonne der Welt ist auch des Menschen Sonne. Sie leuchtet einem jeden unter uns, scheint in des Geringsten engen Raum. Und doch scheint uns das Leben so öd und kalt, und wenn uns alle anderen Voraussetzungen zum Leben erfüllt wären, hätten wir zu essen und zu trinken ohne Sorge und Not; unserem Herzen fehlte doch ein gemeinsames Licht- und Wärmependendes, die Erlebenszone fehlt unserem sehenden Gemüt. So war es stets, so ist es besonders in dieser harten, unendlich grausamen Zeit. Wohl warf bei uns untereinander oft das Herz zum Herzen, wir können oft Gutes tun und Gutes fühlen, können Freude teilen und Trost empfangen; aber das große Gemeinsame fehlt, die hebre Menschheitsseele der Liebe. Ne das ganze Zusammenleben erhebt, dem gesamten Gemeinschaftsleben einen zauberisch-seelischen Glanz, dem großen Aneinanderleben eine gemeinsame seelische Wärme gibt. Sie fehlt uns und sie kann auch heute nicht sein in dieser Welt der Selbstsucht und Ego. Wer sich nach Seele sehnt, der muß darum nach einer Welt der Seele ringen, muß kämpfen den geistigen Kampf für ein neues Gemeinschaftssein. Und dieser Kampf ist ihm dann die Morgenröte jener neuen Sonne, die ihm das Herz belebt und wir frecher Hoffnung erfüllt. Wer wahrhaft tief im Herzen fühlt, wer reiche seelische Schönheit in der Brust trägt, der kann deshalb nur glücklich sein bei uns, denn wenn wir unser Ziel all der äußeren Güten entkleiden, dann finden wir als feinen innersten Kern Herzengut, Weltseele, Liebesonne, bestimmt zur lebendigen Triebkraft der Welt.

Das Massengrab der russischen Revolutionäre. Der Pariser "Temps" erhält von seinem Petersburger Vertreter einen anschaulichen Bericht über die bemerkenswerte Art, wie dort die Opfer der Revolution unter dem Jutstrom von anderthalb Millionen Menschen zu Grabe getragen wurden: „Es war ein ganz absol. derartiges Ereignis, wie man es noch bei keinem Volk in der Geschichte erlebt hat. In Paris oder London hätte man in Voraussicht der möglichen Entwicklung der Dinge für die Aufrechterhaltung der Ordnung Tausende von Polizisten und Soldaten aufgeboten. In Petersburg aber konnten mindestens anderthalb Millionen Menschen in einer wahrhaft wunderbaren Ordnung, von keiner Polizei geängelt, da die Revolution die hauptstädtliche Polizei buchstäblich weggelassen hat, die Straßen dahinzugehen. Wehrlos; da ein großer Teil der Truppen aus dem Umkreis in dem Zuge selbst dahinschritt, sah man außerhalb des Zuges sehr wenig Soldaten nur an den gefährlichsten Stellen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beschäftigt. Alle Schanzhalter waren streng verlässlich gehalten. Kein alkoholisches Getränk durfte an das Volk verabreicht werden. So war denn bei der Beerdigung der Revolutionen- opfer keine Spur von Polizeiorganen zu sehen in einer Stadt, wo die Polizei geübt noch allmächtig war. Auch keine Krücker sah man an dem Grabe in diesem Lande, wo der Mensch eine Hauptrolle im sozialen Leben zu spielen schien. Mit ungeheuren roten Nummern schritt Wacker in Gruppen und von den Marineabteilungen der einzelnen Regimenter und von den Marineabteilungen die Marinekappe, den Coapinischen Panzermarsch sowie verschiedene russische Revolutionslieder. Alle Fenster waren geschlossen, die Bal-

lone leer, auf den Dächern der Gebäude keine Menschenfüße zu sehen. Das war auf den Befehl der Regierung zurückzuführen, die von dem Gerücht Kenntnis bekommen hatte, daß die Anhänger des Zarismus Anschläge vorbereitet hätten und Bomben unter das Volk werfen wollten, um eine Panik hervorzurufen und Tod und Verderben in den Trauerzug zu bringen. Aengstliche Gemüter sahen für diesen Tag schon eine Gegenrevolution voraus mit neuen Gewehrsalben vor den Dächern und aus den Fenstern, genau wie damals in den schrecklichen Tagen des März. In sechs Zügen schritt man von sechs verschiedenen Sammelfellen, von denen die Leichen abgeholt wurden, nach einem bis auf die Minute festgestellten Plane nach der Sadowajastraße, um so das Massengrab in der Mitte des Marsfeldes zu erreichen. Hätten die sechs Züge eine einzige Linie bilden können, so wäre diese zehnmal so lang wie der Kewitsi-Prospekt geworden, insgesamt also 35 Kilometer. Der erste Zug passierte den Kewitsi-Prospekt schon am Morgen um 9 Uhr, der letzte erreichte die Ecke des Kewitsi-Prospekts und der Sadowajastraße erst um 9 Uhr am Abend. Auf diese Weise brauchte die Entwicklung der gesamten Prozession nicht weniger als 12 Stunden. Viele von den vorangetragenen roten Nummern bedeckten eine Fläche von 25 bis 40 Viertelmeter. Einzelne Fahnen wurden von zehn bis zwölf Männern getragen werden. Diese Molochfahnen bildeten mit ihren zahlreichen Aufschriften, in denen die Wünsche des Volkes zum Ausdruck kamen, den einzigen Schmuck und den einzigen Kurus bei den Leichenbestattungsfeierlichkeiten. Auf einer Fahne sah man ein Kriegerweib seine mustaföjen Arme zwei Trompeten umspannen, über denen man las: „Wehe den Feinden der Freiheit!“ Die Nacht war längst hereingebrochen, als unter dem Scheine von riesigen elektrischen Hogenlampen der letzte Zug unter Trauergeängen und unter dem Donner der Geschütze, die von der Peter-Pauls-Festung ihre Grüße herüber sandten, das Marsfeld passierte. . . .“

Die Mitteilungen des Kriegs- und Ernährungsamts bringen einen Ueberblick über die Deeresverpflanzung der die Anforderungen an die Kriegswirtschaft so eindringlich beleuchtet, daß es lohnt, sich in den Hauptziffern wiederzugeben. Im ersten Kriegsjahre, also vom 1. August 1914 bis Ende Juli 1915, wurden ins Feld gefandt: 388.539 To. Weizen, im zweiten Kriegsjahre, von Anfang August 1915 bis Ende Juli 1916, dagegen 795.000 To. Das Speisefehl ist dabei nicht einbezogen. Dazu kommen noch in den beiden ersten Kriegsjahren 40.375 To. Zwieback, die aus der Heimat nachgeführt wurden. Fleisch und Fleischkonerven, ausschließlich lebenden Viehs, und Fischkonerven wurden nachgeführt im ersten Kriegsjahre 94.065 To. (im zweiten Kriegsjahre 159.170 To.), Salzheringe 107 To. (18.685 To.); dazu kommen noch große Mengen frische Salz- und Räucherfische. Reis 17.168 To. (28.881 To.), Graupen 8.116 To. (16.548 To.), Grüns 3892 To. (11.177 To.), Getreide 3872 To. (10.620 To.), Erbsen und Bohnen 33.028 To. (49.107 To.), Wudeln 8153 To. (21.839 To.), Radwiz 8139 To. (16.627 To.), Sauerkohl 15.555 To. (20.146 To.), Gemüse (frisches, Konerven, Schnittbohnen) 31.803 To. (45.865 To.), Kartoffeln, ausschließlich Kartoffelflocken und Vorkartoffeln 39.657 To. (216.120 To.), Mais 22.239 To. (35.661 To.), Futter und Schnitz 26.658 To. (31.906 To.), Marmelade 5731 To. (66.410 To.), Kaffee, Tee und Kakao 28.742 To. (51.431 To.), Zucker 19.586 To. (51.117 To.), Gemüts (Salz, Pfeffer, Nimmeln, Senf usw.) 28.022 To. (60.687 To.). Daneben wurden noch größere Mengen Limon, Daser, und Gersteflocken, Orankern, Sago, Hirse, Wurzelskonerven usw. für das Feldheer nachgeführt. Im ersten Jahre gingen allein an Zigaretten 1.461.578.000 (im zweiten Kriegsjahre 2.767.850) und an Zigaretten 1.118.300.000 (2.740.778.000), also insgesamt in den beiden ersten Kriegsjahren beinahe 8 1/2 Milliarden Zigaretten und Zigaretten an die Front. Dazu kommen in den beiden ersten Jahren rund 9000 To. Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Daneben bekam unser Feldheer an Getränken (Wein, Fruchtsäfte, Mineralwasser, Rum, Cognak) 668.472 Hektoliter im gleichen Zeitraum aus der Heimat. Das Bier ist in dieser Zahl nicht eingerechnet. Außerdem wurden 930.931 Minder, 573.321 Hammel und 1.035.159 Schweine dem Feldheer aus der Heimat zur Verfügung gestellt. An Hind- und Schweinefleisch benötigt Heer und Marine im ersten Vierteljahr 1917 drei Fünftel der Gesamtmenge, die insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnten. Weiter bezieht das Heer etwa 30 Proz. des Brotgetreides, das insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann. Dazu kommt noch in den beiden ersten Jahren ein Nachschub von über 3 Millionen Tonnen Daser und beinahe 2 Millionen Tonnen Ersatzfuttermittel und Stroh. Zum Transport der gesamten Mengen (ohne das lebende Vieh und die 8 1/2 Milliarden Zigaretten und Zigaretten) waren allein 800.000 Eisenbahnwaggons notwendig. Dazu kommt dann der Transport von Geschützen, Geschossen, Eisen, Holz, Stadtdraht, Ausdrücksgesaggenständen, das Auswechseln von Truppen, das Abtransportieren der Kranken und Verwundeten, der Nachschub neuer Truppen in einem Gebiet von etwa 1 Million Quadratkilometer, das wie be-

Eine unbeabsichtigte Wirkung? Eine direkt aufreizende Sprache führt seit längerer Zeit die „für deutsche Arbeit in Stadt und Land“ eintretende „Deutsche Tageszeitung“. Fast täglich redet sie ihren Lesern vor, wie gut es den Arbeitern gehe. „Teure Gänge“ und „saftige Schinken“ können sich die Arbeiter „leihen“,

bei denen das Geld überhaupt keine Rolle mehr spielt. Unter obiger Ueberschrift z. B. bringt die „Deutsche Tageszeitung“ ausgerechnet am 15. April, an dem Tage, an dem die Arbeiterchaft wegen der Herabsetzung der Protration, an der die Landwirte nicht ganz unschuldig sind, sich in gereizter Stimmung befand, eine Notiz, in der sie von „fürsorglichen Vorkehrungen“ spricht, weil man der Bevölkerung drei Eier und fünf Pfund Kartoffeln gegeben hat. Nicht viele hätten deshalb auf die Verteilung an der Massenpeisung verzichtet und „mande erklärten, sie hätten die Stadtküchen nun nicht mehr nötig und könnten bei solcher Versorgung, wie sie für die nächste Zeit anhebt, gut leben“. Wiffig bemerkt sie dazu: „Natürlich gehören diese Leute kaum zum Mittelstand, sondern zu den im Essen sehr viel anspruchsvolleren Schichten, die sich's ja gegenwärtig viel leichter leisten können.“ Am 23. April, als noch alles in Erregung war, brachte das Blatt wieder unter der Ueberschrift: „Auch die Arbeiter verküngen nicht“ einen Auszug aus einer Speisefarte des Gewerkschaftshauses, wonach dort Schellfisch mit Sentkante 2 Mk., Mohrrüben mit Pöfelfleisch 2 Mk., Wildragout 2 Mk., Eierbraten 2,50 Mk. kostete. Dazu bemerkt das Blatt wieder: „Jede der aufgeführten Speisen kostet ungefähr so viel, als in den Munitionsfabriken der Stundenlohn beträgt, der sich auf 2,20 Mk. beläuft. Jeder wird einem Arbeiter, der in der Woche fleißig tätig ist und täglich etwa 20 Mk. verdient, Sonntags auch diese Ausgabe gönnen. Es ist aber mindestens ungebührlich, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen der Munitionsfabriken ohne Rücksicht auf den Kriegszustand wegen der nötig gewordenen Mürzung der Protration um 300 Gramm ein großes Gefährt erheben, die Arbeit niederlegen und Umzüge durch die Straßen veranstalten.“ Der „Deutschen Tageszeitung“ muß einmal offen gesagt werden, daß diese aufreizenden Notizen sicherlich eine bestimunte Wirkung, vielleicht sogar eine beabsichtigte Wirkung auslösen. Solche Notizen sollen der Landwirtschaft plausibel machen, daß sie ruhig noch höhere Preise als bisher für ihre Produkte fordern sollte, weil sie ja die Arbeiter zahlen können. Die Notiz wohnt auch die Landwirte sicher nicht an, überflüssige Produkte herzugeben, denn wenn die Arbeiter so leben, wie es die Landwirte immer in der „Deutschen Tageszeitung“ lesen, haben es ja die Arbeiter gar nicht nötig, besser mit Lebensmitteln versorgt zu werden. Auf der anderen Seite peitschen solche Notizen die ohnedies durch die Politik der Führer der deutschen Landwirtschaft in gereizter Stimmung gebrachte Arbeiterchaft noch weiter auf. Die Zeitung reißt sie bedauerlicherweise zu unüberlegten Handlungen hin, um sich dann wieder über „das große Gefährt“ und die Arbeitsniederlegung aufregen zu können. Daß „der“ Stundenlohn nicht in „den“ Munitionsfabriken sich auf 2,20 Mk. beläuft, sondern daß es daneben noch Stundenlohn unter 1 Mk. gibt, weiß auch die „Deutsche Tageszeitung“. Davon sagt sie aber ihren Lesern nichts, wie auch ihre Leser nicht wissen dürfen, daß es noch Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Lederarbeiter und andere Berufs gibt, die nur ein paar Pfennige Stundenlohn haben, und daß es daneben noch hunderttausende Seminarbeiterinnen, Kriegerefrauen und Witwen gibt, die sich trotz der neuen Zeiten mit einem ganz färglichen Einkommen durchschlagen müssen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die fortgesetzt, von Beginn des Krieges an, für höhere Preise für die Landwirtschaft eingetreten ist, scheint am allerwenigsten geeignet, in der jetzigen kriegerischen Situation solche aufreizende Notizen zu bringen.

Eine zeitgemäße Aufgabe. Im Siedlungs- und Wohnungsweien unseres Volkes stehen große Umwälzungen bevor. Die Bevölkerung sowohl wie die maßgebenden behördlichen Stellen sind sich darüber einig, daß, um die Volkskraft nach den ungeheuren Verlusten des Krieges wieder entsprechend zu stärken und um den dringenden bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, eine umfassende innere Kolonisation getrieben und für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung der Uebergang zu einer viel weiträumigeren, viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und der Natur bietenden Siedlungsweise gefunden werden muß. Zu den Reformmaßregeln, die für eine Verwirklichung dieser Gedanken notwendig sind, gehört aber auch eine Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens. Gerade die neuesten Erfahrungen, die man in verschiedenen Teilen Deutschlands, z. B. bei der Pannoberken Moorolonisation, in Bayern und bei der Arbeiterheimstättenbewegung gemacht hat, lassen diese Reform als durchaus dringend erscheinen. Das Enteignungsrecht ist an und für sich einzelstaatliches Recht, aber es enthält doch auch viele privatrechtliche Elemente und das Privatrecht ist bekanntlich Sache des Reiches. Außerdem hat das Reich auch schon wiederholt durch Sondergesetze in das Enteignungsrecht eingegriffen, z. B. durch das Nebenausgabe-, das Reichsanhangeseh- und das Gesetz zur Bekämpfung gemeingefährlicher Stranbeiten. Da nun die Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens durch die Einzelstaaten in den letzten Jahrzehnten nur sehr wenig vorgeführt ist, so würde es sich sehr empfehlen, daß der Reichstag sich baldmöglichst einmal gründlich dieser Sache annähme und einen größeren Fortschritt auf diesem Gebiete auf reichsrechtlicher Grundlage mit Nachdruck anzustrebe.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 5 enthält u. a. folgende Artikel: Heinrich Cunow: Preussengeist und Reichsdemokratie. Dr. Paul Kersch, M. d. R.: Der englische Staat und der deutsche Staat. Wilhelm Keil, M. d. R.: Die zweite Serie der Kriegsheuern. Otto Thomas: Zielpunkte. Paul Hirsch, M. d. R.: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. Dr. Julius Thilo: Warschauer Eindrücke. M. A. Esorgin: Naß, rasch! Mar Paribel: Toter Musketier. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. Bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Totenliste des Verbandes.

Emanuel Casper, Dresden Arbeiter † 28. 4. 1917, 69 Jahre alt.	Emil Liebsher, Dresden Arbeiter † 2. 6. 1917, 61 Jahre alt.
Charl. Erhat, Braunschweig Friedhofarbeiterin † 23. 4. 1917, 63 Jahre alt.	M. Mengirg, Frankfurt a. M. Anzünder † 9. 4. 1917, 64 Jahre alt.
Peter Frey, Neckarau Privat † 0. 4. 1917, 58 Jahre alt.	H. Vagensah, Frankfurt a. M. Anzünder † 27. 4. 1917, 61 Jahre alt.
Friedrich Haller, Berlin Pensionär † 28. 4. 1917, 61 Jahre alt.	Ch. Benz, Degerloch-Stuttg. Inwalide † 27. 4. 1917, 77 Jahre alt.
Valentin Henk, Heilbroun Straßenreiner † 17. 4. 1917, 65 Jahre alt.	Julius Schrel, Hamburg Sanatorium † 8. 4. 1917, 68 Jahre alt.
J. Krug, Offenbach a. M. Kanalarbau † 21. 4. 1917, 51 Jahre alt.	Karl Scheiden, Ilmenau Küchenanlagenwärter † 20. 4. 1917, 66 Jahre alt.
Johann Krzenciewska, Berlin Ermittler † 2. 5. 1917, 64 Jahre alt.	Joh. Silbermann, Nürnberg Stadtgärtner † 17. 4. 1917, 70 Jahre alt.

Johannes Waack, Lübeck

Arbeiter
† 29. 4. 1917, 68 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Franz Betslak, Breslau am 8. Dezember 1916 im Alter von 34 Jahren gefallen.	Albert Nidel, Wahlgarten am 9. November 1916 im Alter von 27 Jahren gefallen.
Josef Brän, München am 25. April 1917 im Alter von 38 Jahren gefallen.	August Prühl, Hamburg am 27. April 1917 im Alter von 32 Jahren i. Lazarett gestorben.
Friedrich Frank, Goltha Landsturmmann, am 21. April 1917 i. Alter von 47 Jahren gefl.	Gotthilf Ball, Kallental am 28. Februar 1917 im Alter von 35 Jahren gefallen.
Hans Gilch, München am 9. April 1917 im Alter von 30 Jahren gefallen.	W. Steigleder, Ilmenau am 15. April 1917 im Alter von 40 Jahren gefallen.
Ernst Jakobi, Darmstadt am 11. Juli 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen.	H. Erichmann, Detmold am 15. April 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen.
Otto Kohl, Halle a. S. am 16. Februar 1917 im Alter von 19 Jahren gefallen.	John Voh, Hamburg am 6. Juni 1915 im Alter von 80 Jahren gefallen.

M. Wiedemann, Angsburg
am 9. April 1917 im Alter
von 85 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!